

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

67 (8.3.1921) Sonder-Ausgabe

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus...  
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Wagen: Die Opel...  
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Verfasser: Hermann v. Laer...  
118. Jahrg. Nr. 67. Dienstag, den 8. März 1921. Sonder-Ausgabe.

## Dies ater.

Der Montag, der 7. März 1921 wurde für das deutsche Volk ein dies ater, ein schwarzer Tag. In London konnte keine Einigung zustande kommen, nicht etwa infolge der „Böswilligkeit“ der deutschen Regierung, der deutschen Vertreter in London und des deutschen Volkes, wie Lloyd George und seine Trabanten der Welt glauben machen wollen, sondern weil Herr Briand um seinen Ministerpräsidentenposten bangt und Herr Lloyd George glaubt, mit ihm leichter „arbeiten“ zu können als mit dem früheren Präsidenten der französischen Republik Poincaré. Das ist der Kern der Sache und das ganze Weiswerk ist aufgebaut auf Lüge und — soweit die Franzosen in Frage kommen — auf Haß.

In Ergänzung unserer in der Dienstagsnummer des „Tagbl.“ gebrachten Nachrichten über den Verlauf, den die Verhandlungen am Montag in London genommen haben, lassen wir noch folgende zusammenfassende Meldungen folgen. Von den deutschen Vertretern wohnten der entscheidenden Sitzung der Konferenz bei: Reichsminister Dr. Simons, vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren von Simon und Geyer, vom Reichsfinanzministerium die Staatssekretäre Schröder und Bergmann, vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor Le Sautre, vom Reichsministerium des Innern Staatssekretär Dr. Lewald, vom Reichswehrministerium General von Seekt, die beiden Vertreter von Preußen und Bayern v. Klinger und Staatsrat Meindl.

Wir haben schon bei Beginn der Konferenz Lage darüber führen müssen, daß die Bedienung der deutschen Presse von London aus sehr viel zu mündigen übrig läßt; diese unsere Beschwerden werden auch von anderen Zeitungen — wir erwähnen nur die „Frankf. Ztg.“ (Frankfurter Morgenblatt) vom Sonntag — erhoben. So ist es uns noch nicht einmal heute Abend möglich, den Wortlaut der Rede Dr. Simons in der Vormittags-Sitzung wiederzugeben. Nach dem uns bis zum Schluß des Blattes vorliegenden Bruchstück führte Dr. Simons aus:

Herr Präsident! Meine Herren! Der Herr Premierminister hat um Schluß der Sitzung am letzten Donnerstag im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß vom heutigen Tag ab gewisse Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ergriffen würden, wenn nicht Deutschland die Erklärung abgibt, daß es bereit ist, die Pariser Entschädigungen anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem Wege, aber in gleich befriedigender Weise wie die Pariser Vorschläge die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles erfüllen. Gestatten Sie mir, zunächst den Stand der Verhandlungen zusammenfassend festzustellen. Unser Gegenantrag vom 1. März ist zurückgewiesen und nicht für wieder erklärt worden, den Ausgangspunkt weiterer Erörterungen zu bilden. Auf der anderen Seite sind wir aus den Ihnen vorgetragenen Gründen außerstande, die Pariser Vorschläge anzunehmen. Bei dem weitgehenden Unterschied der Auffassung beider Teile sind die Schwierigkeiten einer vollkommenen Lösung des Problems der Reparation im Augenblick so groß, daß wir darauf verzichten müssen, einen neuen Plan für die Entschädigung vorzulegen. Trotz schwerer Bedenken haben wir uns dahin entschieden, auf den Gedanken einer vorläufigen Regelung zurückzukommen. Ich erinnere daran, daß die Sachverständigen der Alliierten einstimmig ihrer Regierung empfohlen haben, auf der Pariser Konferenz die Entschädigungszahlungen nur für 5 Jahre vorzuschlagen, weil sie die Überzeugung gewonnen hätten, daß die gewaltigen Aufgaben nicht schnell zu lösen sind. Ich erinnere ferner daran, daß auch einige der alliierten Regierungen selbst unmittelbar vor den Pariser Beschlüssen die Möglichkeit einer sofortigen Feststellung der gesamten Schuld Deutschlands einschließlich der gesamten Provisorium von 3-5 Jahren in Aussicht stellten. Um zu beweisen, daß wir uns den Forderungen der Alliierten soweit wie möglich anzupassen wollen, würden wir bereit sein, sofort die für die ersten 5 Jahre verlangte feste Zahlung zu übernehmen als ein vollwertiges Äquivalent für die verlangte, aber von uns für unpraktisch gehaltene Ausfuhrabgabe. Wir sind uns bewußt, daß die Zahlungen nur dann möglich sind, wenn ein großer Teil davon auf dem Wege der Anleihe vergeben werden kann. Wir werden aber den deutschen Vorschlag nur dann unterbreiten, wenn wir Aussicht hätten, von den Alliierten berücksichtigt zu werden. Wir können den Vorschlag nur dann machen, wenn Deutschland bei Deutschland verbiebt und wenn die uns auferlegten Beschränkungen im Weltmarkt fallen. Beides ist notwendig, damit Deutschland in erhöhter Weise so große Zahlungsverpflichtungen machen kann. Die Entscheidung darüber, ob wir Ihnen einen solchen Vorschlag vorlegen können, liegt in Ihrer Hand. Falls Sie darauf eingehen, werden wir unser Bestes tun, um gemeinsam mit Sachverständigen die Einzelheiten dieses Vorschlags auszuarbeiten und sobald wie möglich einen Gesamtplan für die Entschädigung für die Dauer von 30 Jahren aufzustellen. Sollten Sie trotz meiner Ausführungen darauf bestehen, daß wir Ihnen unverzüglich einen festen Gesamtplan machen, so

müßte ich um eine Woche Frist bitten, um die Angelegenheit mit dem Kabinett in Berlin zu beraten. Und endlich darf ich bitten, mir noch einige Zeit Gehör zu schenken, damit ich auf die Ausführungen antworten kann, womit der Herr Präsident den Konferenzbeschluss begründet hat, denn ich halte es für außerordentlich wichtig, daß in dieser entscheidenden Stunde zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Regierung kein Mißverständnis bestehen bleibt. Wenn zwischen den Pariser Beschlüssen und den Londoner Gegenworschlägen Deutschlands ein so großer Abstand besteht, so liegt das nicht daran, daß die deutsche Regierung bestritt war, sich ihrer Vertragsverpflichtung zu entziehen oder gar den Vertrag zu versperren, sondern daran, daß sie sofort die Wirkung der Pariser Beschlüsse mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft richtig einschätzte als die Alliierten. Wir kennen wohl den ungeheuren Schaden, den der Krieg allen Beteiligten gebracht hat, und wissen, wie groß der Anteil ist, den wir auf uns genommen haben. Wir wissen, daß es niemals nützlich wäre, wenn wir jetzt auf viele Jahrzehnte hinaus unsere Verpflichtungen in einer Weise zahlenmäßig festlegten, die unsere Leistungsfähigkeit und jene unserer Kinder und Enkel nach unserer gewissenhaften Kostenprüfung bei weitem übersteigt. In der Zeit von Donnerstag bis heute habe ich nichts unverzüglich gelassen, um den Geist, in dem unsere Gegenworschläge gemacht waren, festzulegen, um Irrtümer aufzuklären und Verhandlungswege zu suchen.

Der Rede Lloyd Georges, die er in der Nachmittags-Sitzung hielt, entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Die Vorschläge, die Dr. Simons in der Vormittags-Sitzung gemacht habe, seien nicht mehr annehmbar; sie reichte trotz des gewährten Zeitausschusses die Hinausschiebung der Sanktionen nicht. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen fünfjährigen Plan aufgestellt, dieser sei aber von keinem Staatsmann in den alliierten Ländern angenommen worden. Wenn er die Vorschläge Dr. Simons untersuche, so müßte er sagen, daß diese nur auf den Grundgedanken der Pariser Beschlüsse entpfehen, denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umwerfen könnten. Wenn insbesondere das Defizit in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, dann sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Ueber die sonstigen von der deutschen Abordnung gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserve für Oberschlesien alles hinausfalle. Und was geschehe nach fünf Jahren? Hierfür lägen keine Vorschläge, kein Minimum und nichts vor, womit die Alliierten, besonders die, welche zur Wiederherstellung ihrer vertriebenen Gebiete rasch Geld erheben müßten, etwas anfangen könnten. Gewisse Sätze in der Rede Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt nicht verstehen habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Defiziten gesprochen, die das Provisorium erfordere. Um die großbritannische Schuld an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu bezahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse ausführt, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe aufwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müßte außer den Kriegsschäden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüesteten Gebiete 12 Milliarden Francs jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich aufzuwendenden Summe flüssig zu machen. Der weitere auffallende Punkt sei die Weigerung Dr. Simons, die Verantwortung für die für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste Satz des Friedensvertrages. Dr. Simons hat die Geschichte zur Revision der Schuldverhältnisse angetrieben. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, doch nach diesen fünf Jahren die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachlaß der Bedingungen des Pariser Vertrages dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen. Erstens müßte unverzüglich der Gesamtbetrag der von Deutschland zu bewirkenden letzten Leistungen oder die Faktoren festgestellt werden, die als Basis für ihre Festlegung dienen sollen. Zweitens müßte die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht den Interessen der Alliierten. Im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet hat, könnten nur diese Regelung verweigern. Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten.

Die Sitzung wurde dann, wie schon gemeldet, auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Abordnung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Dr. Simons folgende Erklärung ab: Herr Präsident, meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zwang der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft und wir haben diese vorläufige fünfjährige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatums, das heute erdigt, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorzuschlagen zu müssen. Wieder hätten wir eine Gesamtregelung gelehrt, weshalb wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorzuschlagen. Noch heute würden wir eine solche weitläufig vorziehen. Wir hatten aber keine zweitägigen Vorschläge in der Tasche, sondern mußten nach Abklärung der ersten neuen Wege suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag, der Präsidenten der Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett Prüfung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß die Besorgnis unbegründet ist, als ob wir das Provisorium dazu benutzen wollten, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Reparationspflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil der Preise zu beschlagnahmen, die die Käufer in alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil der Preise an das Schatzamt abgeführt und auf das Reparationskonto verordnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Bedauerlich ist, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschwächt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem zweiten Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankomme, mit möglicher Beschleunigung festzustellen, welches die Hörsen der letzten Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparation im Falle des Wiederanstehens seiner Wirtschaft zu zahlen hätte. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, wie Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Ueber diesen Punkt soll möglichst bald eine Beratung zwischen den Sachverständigen veranstaltet werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Beratungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen verschlechtert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, noch einmal mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen.

## Die Proklamation des Reichspräsidenten.

Berlin, 8. März. (Wolff.) Reichspräsident Ebert hat folgende Proklamation ergehen lassen: Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkriege haben unerfüllbare und unerhörte Forderungen an Geduld und Gut an uns gestellt. Wir selbst nicht nur, sondern auch unsere Kinder und Enkel sollen Arbeitsklaven der Gegner werden. Durch Unterschrift sollten wir einen Vertrag beschließen, den auszuführen auch die Arbeit von Generationen nicht genügt hätte. Das konnte und durften wir nicht tun. Unsere Ehre und Selbstachtung verbieten es. Unter offenem Bruch des Friedensvertrages von Versailles sind die Gegner zur Befreiung weiteren deutschen Landes geschritten. Der Gewalt können wir Gewalt nicht entgegensetzen; wir sind wehrlos. Aber hinauszuweichen können wir es, daß es alle hören, die noch die Stimme der Gerechtigkeit kennen; Recht wird hier vertreten durch Gewalt! Sicher zusammenzuschließen soll uns dieses Leid zu einigem Gefühl, zu einigem Willen! Mitbürger! Trete der fremden Gewalt Herrschaft mit erster Würde entgegen! Bewahrt Eueren friedlichen Sinn und laßt Euch nicht zu unbewußten Taten hinreißen! Parri aus, habt Vertrauen! Die Reichsregierung wird nicht eher ruhen, bis die fremde Gewalt vor unserm Rechte weichen muß!

## Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags.

Berlin, 8. März. Nach Rückkehr des Reichsausschusses Dr. Simons wird Abgeordneter Dr. Stresemann eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages einberufen.

## Die Stunde der Not.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 8. März. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt heute in einem Leitartikel: „Die Entscheidung ist gefallen, sie ist ernst. Die Rheinlandsbevölkerung geht neuen Schwierigkeiten entgegen. Das deutsche Volk steht in diesen Tagen mit besonderer Teilnahme zum deutschen Rhein. Es ist sich darüber klar, daß die Rheinbevölkerung in erster Linie dazu verurteilt ist, die neuen Gewaltmaßnahmen der Entente auszuhalten. Die Rundgebungen aus dem Rheinlande haben gezeigt, daß man dort mit Mut und Entschlossenheit den Dingen entgegensteht, und daß man nicht aus Verzweiflung vor den persönlichen Schwierigkeiten zurückweicht, vielmehr die Regierung zum Aushalten aufzufordern hat. Der Geist der Rheinbevölkerung mag uns allen zum Vorbild dienen, mag uns an den Ernst der Stunde und an die Pflicht gemahnen, zusammenzuhalten in den kommenden Wochen und Monaten und nicht zurückweichen und sich nicht zu bücken dem Willen der Feinde, wenn sie den Versuch machen werden, uns zu zwingen, das Diktat von Paris anzuerkennen. Wir wollen aufrecht bleiben in dem Bewußtsein, daß es schämmer nicht zu kommen vermag. Die Stunde unserer Not mußte einmal schlagen; jetzt ist sie da. Die Regierung ist fest entschlossen; sie hat sich nicht unterworfen. Deutscher Entschluß möge uns helfen, möge dem Deutschen Reiche wieder die Achtung bringen, die unter der alten Regierung und noch der Revolution draußen in der Welt verloren gegangen ist. Wir müssen vorwärts schauen, nicht rückwärts blicken.“

## Der offene Bruch des Friedensvertrages.

Berlin, 8. März. Einstimmig bezeichnen die Blätter die in Kraft getretenen Sanktionen als einen Bruch des Friedensvertrages. Sie mahnen aber das deutsche Volk, das neue Leid mit Geduld, Festigkeit und Würde zu tragen. Das „Berl. Tagbl.“ schreibt: Deutschland habe, indem es noch das letzte Angebot machte, einen bis zum Selbstmord gehenden Verhandlungswillen gezeigt. Es sei bereit gewesen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu ermöglichen und jede christliche Absicht würde den Beweis erbringen, daß mit dem Geld, das Deutschland hergeben wollte, dieser Aufbau sich durchführen und alle wirkliche Not beseitigen läßt. Aber warum kam man in London zu keinem Resultat? Weil Herr Briand einen parlamentarischen Erfolg braucht und Lloyd George Herrn Briand halten möchte, um ein unbewusstes Kabinett Poincaré zu vermeiden. Und schließlich, weil Deutschland sich weigerte, neben allem übrigen auch noch die Bewilligung französischer Wiederaufbauinvestitionen zu bejahen.

## Der „Vormärts“ erklärt die Zwangsmaßnahmen als den Gipfelpunkt politischer Impotenz und wirtschaftlicher Notlosigkeit seitens der Alliierten.

Die Begehung der rechtsrheinischen Städte werde die Empfindungen gegen die Alliierten nicht verbessern. Die Drohung, daß bei der Bezahlung der Wareneinfälle, die die Ententestaaten in Deutschland machen, ein gewisser Prozentsatz einbehalten wird, bezeichnet das Blatt als die erste die Einführung eines Schutzzolls in den alliierten Ländern.

## Die französische Chauvinistenpresse.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Paris, 8. März. Eine Entscheidung im Sinne der Anwendung von Strafmaßnahmen ist einem Teil der französischen öffentlichen Meinung lieber als die deutsche Unterschrift unter einer Abmachung, die nicht eine völlige Unterwerfung unter das Pariser Diktat bedeutet. Ueberall wurde am Montag morgen noch einmal verkehrt, daß Frankreich auch nicht einen Schritt zurückweichen und nicht das geringste Zugeständnis machen kann. Selbst für den nach französischer Auffassung recht unwahrscheinlichen Fall einer vorläufigen Verhandlung sollen nach dem „Figaro“ und anderen Blättern Sicherungen genommen werden. Wir müßten aus der Befreiung des Rheinlandes mehr Nutzen ziehen. Es gibt noch Fälle, Bergwerke, Wälder, Fabriken, die gut Pfänder sind. Wenn das noch nicht ausreicht, haben wir noch immer die Möglichkeit zu bleiben, wo wir sind, und zu halten, was wir haben.“

Lloyd George und Briand werden getadelt, weil sie sich zu einer Unterredung mit Dr. Simons bereit finden lassen. Wir müssen sehen, daß die Besiegten die Sieger zu einer Unterredung einladen und Vorschläge machen, die diskutiert werden“ dreißt der „Figaro“, und andere Blätter sind der Ansicht, daß die Alliierten besser getan hätten, sich überhaupt auf keine Unterredung mit den Deutschen einzulassen. Auf der Seite der Einigung fanden bis zuletzt fast Lloyd George und Graf Sforza. Der offen erklärte, daß ein mäßiger Afford immer noch besser sei als die härtesten Sanktionen. Dieser gegenüber beharrten die Franzosen und Belgier auf dem Wortlaut des Ultimatum. Die sozialistische Partei Frankreichs erklärt in der „Summe“ einen Aufruf gegen die Drohung eines neuen Krieges.

Aus dem neubefestigten Gebiet.

Ein Aufruf des Oberbürgermeisters von Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht.)
Düsseldorf, 8. März. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden in Düsseldorf für einen belagerten General und 40 Offiziere Quartier angefordert.

Der Oberbürgermeister hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der folgendermaßen lautet:

Die Befestigung Düsseldorf durch die Truppenmacht der Alliierten soll nun doch zur Tat werden. Nach deutscher Auffassung widersteht diese Befestigung der Bestimmung des Friedensvertrages; sie wird unsere Stadt in schwere Bedrängnis bringen.

Franszösische Kavallerie und Panzerautos in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. Französische Kavallerie und Panzerautos haben in den frühen Morgenstunden die Außenviertel der Stadt besetzt.

Italien beteiligt sich nicht an den „Sanktionen“.

(Eigener Drahtbericht.)
Rom, 8. März. Italien wird sich nicht an den Strafmaßnahmen beteiligen.

Die Amerikaner beteiligen sich am Vormarsch nicht.

(Eigener Drahtbericht.)
London, 8. März. Nach einem Telegramm aus Washington gibt das amerikanische Staatsdepartement an, dass die Amerikaner sich nicht am Vormarsch beteiligen werden.

Sitzung des Obersten Kriegsrates.

Paris, 8. März. Wie Havas meldet, ist der Oberste Kriegsrat gestern nachmittags um 2 Uhr im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand zusammengetreten.

Ein Ministerrat in Paris.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 8. März. Montagabend fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand ein Ministerrat statt, zu dem sämtliche in Paris weilenden militärischen Führer einberufen waren.

Wie aus London gemeldet wird, behaupten die „Daily News“, daß der Kriegsminister Besseler gegeben habe, einige Reservejahrgänge einzuzberufen.

London, 8. März. Die Regierung des Präsidenten Harding werde noch im Laufe dieses Monats Unterhandlungen beginnen, um zu

hang zeigt das seine Spiel grauvioletter Töne und bläulicher Lichter.

London, 8. März. Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Reichertischen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime in Kraft treten werde.

London, 8. März. Am Sonntag Abend fand es bei den Alliierten bereits vollständig fest, daß sie alle deutschen Vorschläge ablehnen wollten.

London, 8. März. Noch am Montag Abend nach dem Abbruch der Verhandlungen erschien Lloyd George im Unterhaus und gab dem Parlament Erklärungen über den Verlauf der Verhandlungen ab.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

Das neue Zollregime tritt am Donnerstag in Kraft.

London, 8. März. Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Reichertischen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime in Kraft treten werde.

London, 8. März. Am Sonntag Abend fand es bei den Alliierten bereits vollständig fest, daß sie alle deutschen Vorschläge ablehnen wollten.

London, 8. März. Noch am Montag Abend nach dem Abbruch der Verhandlungen erschien Lloyd George im Unterhaus und gab dem Parlament Erklärungen über den Verlauf der Verhandlungen ab.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

Lord Curzon of Kedleston.

Auf der Londoner Konferenz spielt der britische Außenminister eine weitaus wichtigere Rolle, als ihm bisher im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag vergönnt war.

Der Earl George Nathaniel Curzon of Kedleston, der im Anfang der Sechziger Jahre in der Politik bekannt als der ehemalige Vizekönig von Indien, der, mit Purpur und Hermelin bekleidet, sieben Jahre die höchste Stellung innegehabt hat, die Großbritannien zu vergeben hat.

In Eton und Oxford vorgeliebt, ist er schon im Alter von 27 Jahren im Parlamente, wurde bald Unterstaatssekretär für Indien und dann im auswärtigen Amte und erwieb sich schon damals als eine harte, kalte, hochmütige Natur, die im Unterhause alles andere als beliebt war.

„Emaillierten Dänel“ nennt Frau Margot Mauth in ihrer jüngst erschienenen Selbstbiographie diese Wesensart, die von sich und ihren Leistungen höchst eingenommen und von dem Vorzug, ein Curzon zu sein, tief durchdrungen ist.

Während die anderen Oxford Studenten in Spiel und Sport aufgingen, lag George Nathaniel wissenschaftlichen und politischen Studien ob und — dinierte zweimal wöchentlich im Schlosse des Premierministers Salisbury.

Als einer von dessen Privatsekretären betrat er die politische Bühne, hatte aber schon damals nur ein Ziel im Auge: das Vize-Königliche Amt in Delhi.

Mit unermüdlichem Fleiß hat er sieben Jahre hindurch an der Spitze der Verwaltung gestanden, die 300 Millionen Menschen zu Fuß und Frommen im-England unterstellt hält.

Das er sich dabei die Herzen der Indier gewonnen hätte, war von dieser harten Natur nicht zu erwarten. Curzon legte im Jahre 1906 sein Amt nieder, als in einem Konflikt zwischen ihm und Kitchener das Kabinett Balfour auf der letzten Seite trat.

Aus dem allmächtigen König von Indien wurde nun ein einfaches Oberhausmitglied, von dem ein Kollege zu sagen pflegte: „Seht diesen sich spreizenden, rabischlagenden Pfau!“

Als im Dezember 1918 Lloyd George das Ministerium rekonstruierte, fiel sein Auge auf Lord Curzon als Außenminister, welche Stellung er annahm und noch heute innehat. Welche Verschwiegenheit der Charakter. Der alles aus sich selber gemordene wackere Rechtsanwaltschreiber Lloyd George und der Doktor, der sieben Jahre hindurch in den prächtigen Palästen des Orients geherrscht hatte.

1918 urteilte Curzon über den, der heute sein Vorgesetzter ist, als „eine merkwürdige Mischung aus den beiden Göttern mit dem Einschlag eines atemischen Demagogen“ und meinte, „seine melodramatische Redeweise müßte erst von vielen Schlagen gereinigt werden, ehe man darin das lautere Gold erkennen könne.“

1918 aber war er zu der Erkenntnis gelangt, Lloyd George sei mehr als jeder andere britische Politiker geeignet, das Steuer zu führen, denn er verkörpere den „unerschöpflichen Geist, die unermüdliche Tatkraft und die unerschütterliche Entschlossenheit des britischen Volkes.“

Wenn es gilt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Nachteile, der Erdrosselung des deutschen Volkes auszuführen, dann sind beide ein Herz und eine Seele, der melodramatische Demagoge aus Wales und der hochmütige Torn aus Derbyshire, der einst wie ein orientalischer Despot in Delhi schaltete.

London, 8. März. Die Regierung des Präsidenten Harding werde noch im Laufe dieses Monats Unterhandlungen beginnen, um zu

hang zeigt das seine Spiel grauvioletter Töne und bläulicher Lichter.

London, 8. März. Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Reichertischen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime in Kraft treten werde.

London, 8. März. Am Sonntag Abend fand es bei den Alliierten bereits vollständig fest, daß sie alle deutschen Vorschläge ablehnen wollten.

London, 8. März. Noch am Montag Abend nach dem Abbruch der Verhandlungen erschien Lloyd George im Unterhaus und gab dem Parlament Erklärungen über den Verlauf der Verhandlungen ab.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

Eine Antwort an Lloyd Georges.

Mein Herr! Ihre fulminante Rede ist offenbar nicht nur für den Konferenzsaal bestimmt gewesen; Sie haben zum Fenster hinaus gesprochen, um von der ganzen Welt gehört zu werden.

Sie verkünden auf das Freilicht: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“

Diese Ihre Kundgebung ist unbezahlbar. Wir können Ihnen für dieselbe nicht genug danken. Sie verlangen freilich, daß wir das Schuldverhältnis wiederholen, widrigenfalls — Kopf ab! Nun denn. Tun wir dies, wie auf der Folie zu Versailles, indem Sie uns abermals unter der Guillotine haben, so wird es um kein Nota haltbarer. Glauben Sie wirklich, daß sich die Wahrheit mit Schiffsdanonen umdringen läßt?

Haben Sie nicht erst kürzlich selbst eingestanden, Sie seien zur Überzeugung gelangt, daß keiner der leitenden Staatsmänner 1914 den Krieg gewollt habe — demnach auch unsere deutschen nicht! Also?

Indes Sie die Schuldfrage als eine cause jugée geachtet wissen wollen, erinnern Sie nur zu un-mittelbar an den unvergesslichen Fall Drenth. Die Franzosen haben ihren Emil Zola nicht wegen seiner Bereitschaft so gut wie vergessenen Name in ihr Pantheon setzen, sondern weil er den moralischen Mut gehabt hat, der „cause jugée“ ungeachtet, für die Wahrheit einzutreten. Sein geflügeltes Wort: „die Wahrheit ist im Auge!“ ist wieder einmal an der Tagesordnung, es geht bereits diesseits und jenseits der Weltmeere von Mund zu Mund.

Um nun Sie selber, den englischen Premier, ins Verhör (für „witness box“) zu nehmen. Hat Deutschland England oder hat England Deutschland den Krieg erklärt? — Und dies weshalb? Sie entgegnet natürlich: Belgien! Haben wir uns nicht verpflichtet wollen, Belgiens Boden unbetreten zu lassen, falls Sie Neutralität bewahren wollten? — Sind wir, trotzdem wir mit Krieg mit Frankreich rechnen mußten, nicht bereit gewesen, die französische Nordküste und Schiffsahrt unbehelligt zu lassen, nur weil England deren Schutz übernommen hatte? Was in aller Welt hatte das Deutsche Reich dem englischen Reich angefallen, was als eine Herausforderung hätte gelten können? Hat man nicht von Berlin aus bis zum letzten Augenblicke das Erdenkliche aufgegeben, um mit England in Frieden und Freundschaft zu leben? Was ist die Zusammenziehung der englischen Weltflotte in der Nordsee und dies in völlig kriegsberieitem Zustande anderes gewesen, als die unabweisliche Bedrohung Deutschlands? Ist es nicht für England gewesen, das solchermaßen „mobil“ gemacht hat? Hätte Russland und in seinem Gefolge Frankreich es gewagt, gegen Deutschland anzurücken, dieses auf Leben und Tod herauszufordern, ohne der englischen Mitwirkung sicher zu sein? Sind Sie es nicht selber gewesen, Mr. Lloyd George, der, als Deutschland auch nur seine Handelslinien zu wahren suchte, in jenem Kabinett Marokko, das Sie, um das Sahara-land endgültig unter das englische Schwert zu bringen, Frankreich zugeschanzt hatten, in die Welt hinausrief: falls Deutschland nicht den arabischen Oasen von Agadir verlasse, sich irgend einen Dornenbusch am Atlantischen Ozean fähre — es für England ein casus belli sei? — War das keine Drohung mit der „eisernen Faust“? Was nützen hiergegen alle die unbesonnenen Worte uneres ungeligen Kaisers?

London, 8. März. Die Regierung des Präsidenten Harding werde noch im Laufe dieses Monats Unterhandlungen beginnen, um zu

hang zeigt das seine Spiel grauvioletter Töne und bläulicher Lichter.

London, 8. März. Der französische Ministerpräsident Briand hat dem Reichertischen Büro mitgeteilt, daß das neue Zollregime in Kraft treten werde.

London, 8. März. Am Sonntag Abend fand es bei den Alliierten bereits vollständig fest, daß sie alle deutschen Vorschläge ablehnen wollten.

London, 8. März. Noch am Montag Abend nach dem Abbruch der Verhandlungen erschien Lloyd George im Unterhaus und gab dem Parlament Erklärungen über den Verlauf der Verhandlungen ab.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

London, 8. März. Die Alliierten sind sich einig, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt hätten, und hob den guten Willen des deutschen Außenministers Dr. Simons hervor.

Unverföhren kann man den Spieß nicht um-  
drehen, als Sie es tun, indem Sie Deutsch-  
land als den Herausforderer und Angreifer  
brandmarken und damit — als den Schuldigen  
an der Krieg — an den Galgen bringen wollen.

Es ist wohl Deutschland gewesen, das Portugal  
in den Krieg gezogen, Italien, Rumänien,  
Serbienland mit seinen Schiffskanonen in  
den hinein gedrängt hat? Es wäre nicht Eng-  
land gewesen, das Japan, als seinen Bundesge-  
nossen, auf den Kampfplatz gebracht hat? Nicht  
England, das nicht ruhte, bis die Vereinigten  
Staaten Nord-Amerikas mitmachten?

War das das ungeheure Blutbad fast volle  
Jahre angehalten hat? Ist nicht die nach  
Verdun geschickte französische Regierung schon  
im September 1914 geneigt gewesen, mit uns  
Frieden zu schließen? Haben Sie nicht, für den  
Fall, daß sie mit Deutschland in Verhandlung  
käme, mit Ihrer Hungerblockade gedroht? Sind  
Sie es nicht höchstselbst gewesen, Mr. Lloyd  
George, der die Lösung ausgegeben hat: „Bis zum  
Knock out!“ — Ist nicht hierdurch erst aus dem  
Vorderkampf in Europa der Weltbrand ent-  
sprungen?

Wahrscheinlich, michtenden Sie diese Ausführun-  
gen nicht? Wir haben den Versailler Vertrag  
einmal unterzeichnet und werden selbstver-  
ständlich unseren bezüglichen Verpflichtungen, so-  
weit es in unseren Kräften steht, nach wie vor  
nachkommen. Das aber kann und wird uns nicht  
hinreichen, der Wahrheit die Wege zu ebnen.

In eben dem Augenblicke, da wir hier in Lon-  
don als Friedens-Delegierte am Konferenztische  
sitzen, findet es Herr Poincaré, der französische  
Kriegspräsident, der Vorsitzende der Gut-  
achtungs-Kommission und des Ausschusses der  
Vereinigten Volksvertretung für auswärtige  
Angelegenheiten, für gut, einen erneuten Ver-  
handlungsfeldzug gegen uns, als Kriegsüberbe-  
derer und Günstigen, zu unternehmen, und wir sollten  
ihm nicht antworten dürfen? Wenn Sie solchen  
Sinn darauf legen, daß die Schuldfrage hier an  
der Ebene nicht erörtert werde, so hätten Sie  
vielmehr dafür sorgen sollen, daß Herr Poincaré  
nicht aus dem Saal fliehe! — Wo bleibt da das  
„Knock out!“, auf das Sie als Engländer sich sonst  
so viel zugute tun?

Der Frankfurter Friede! Dieser sei für den  
Versailler Vertrag und die Pariser Beschlüsse  
verbindlich gewesen. Der Frankfurter Friede des  
Jahres 1871! — Der französisch-deutsche Krieg ist  
damals zum Ausbruch gekommen, weil die Fran-  
zosen auf Made für — König rät —  
und unter keinen Umständen dulden wollten, daß  
zwischen einem deutschen Nationalstaat anbahn-  
te. Ein solcher durfte selbst mit Ausschluß von  
Deutsch-Österreich unter keinen Umständen ins  
Spiel treten. Der Zusammenstoß von Süd-  
deutschland mit dem Norddeutschen Bunde, die  
Liberalisierung der „Mainlinie“, wurde von Paris  
als unverhohlen als casus belli betrachtet.  
Der Herr König Wilhelm dem ihm in ungehöriger  
Weise zulebenden französischen Vorkämpfer  
Ermordeter, der noch uns gekommen war, um in  
den Preußen zu demütigen, schließlich die Türe  
zu, und Bismarck es, zur Wahrung der Ehre  
und Würde des Ansehens des im Entstehen be-  
griffenen Deutschen Reiches, für geboten erach-  
tete, dies öffentlich bekannt zu geben, flogen die  
französischen Schwerkriegs aus der Scheide. Gatten  
es doch schon seit Jahr und Tag nicht erwar-  
ten können, dem merkwürdigen deutschen National-  
hatten der Voraus zu machen und durch die Er-  
klärung der Rheinlinie einen solchen für alle Zu-  
kunft unmöglich zu machen. Statt des erwarteten  
Spazierganges nach Berlin! kam indes —

Hätten die Franzosen alsbald Frieden  
geschlossen, würde sich Deutschland mit der Wie-  
dergewinnung des unbedingten Einsatz begnügt  
haben. Die Pariser veränderten jedoch: „Keinen  
Zoll breit unseres Bodens, keinen Stein unserer  
Wandungen!“ Sie haben infolge dessen auch noch  
Deutsch-Österreich und Belgien drangehen müssen.  
Dazu sind 5 Milliarden Franken Kriegsschuld-  
aufnahme gekommen. Es war dies damals allerdings  
eine noch unerhörte Summe. Bismarck legte sie  
ihnen indes nur vor allem deswegen auf, damit  
er, wie er annahm, nicht sofort an die Wieder-  
herstellung ihres Heeres gehen könnten. Die  
Entscheidung wurde indes, wohlwemerkt Mr.  
Lloyd George, erst festgelegt, nachdem die fran-  
zösischen Sachverständigen, Adolff Thiers selbst  
an der Spitze, versichert hatten, daß sie die fran-  
zösischen Leistungen nicht über die  
Grenzen von den 5 Milliarden wurden für die  
Kriegsgegenstände 825 Millionen abgezogen.  
Das französische Territorium wurde nur so lange  
besetzt gehalten, als die Zahlungsrufen liefen.  
Dazu wurden noch verfrachtet. Am 2. September  
1918 war der letzte Franzos bezahlt und feierte der  
letzte deutsche Soldat heim. Keine 2 1/2 Jahre  
nach dem Frankfurter Frieden waren alle Rechnun-  
gen zwischen Frankreich und Deutschland er-  
ledigt.

Und mit diesem Frankfurter Frieden wagen  
Sie, Mr. Lloyd George, den Versailler Feh-  
vertrag in Vergleiche zu ziehen! Um die absolute  
Autonomie zu erkennen, braucht man nur die  
1 bis 3 Druckentwürfe Bestimmungen des selben  
lesen das die die Wuch des Versailler Nachwer-  
kes zu halten.

Weit entfernt, Frankreich zu entwaffnen, wehr-  
los zu machen, sind demieher die Hunderttau-  
sende von Gefangenen. Ist ihm damit fast das  
ganze ursprüngliche kaiserliche Heer elends wie-  
der zugestellt worden, damit sich die nationale  
Regierung festige und des autständischen Paris  
(der Kommune) Herr werde, auch Algerien nicht  
verloren gehe! Von seinen Bestunungen ist Frank-  
reich fastlich kein Stein genommen worden.  
Es hat sogar den Rapon von Velfort, durch Ab-  
änderung des Vorfriedensvertrages, beträchtlich  
an Größe hinein, erweitert können! Noch viel  
weniger ist ihm irgend welche Beschränkung seiner  
Heeresmacht auferlegt worden. Seine Ko-  
lonien sind ihm verbleiben u. s. f.

Wie, im Vergleich hierzu, Deutschland im Ver-  
sailler Vertrage mit all seinen Nachträgen mitge-  
teilt worden ist, wissen Sie, Mr. Lloyd George,  
am besten. Erst dieser Tage, in Ihrer Birmingham  
Rede, haben Sie, unter dem Jubel Ihrer  
Hörer, triumphierend geschludert, was Deutsch-  
land sich alles hat nehmen lassen müssen, wie es  
weder eine Kriegsschiffe noch eine Handelsflotte

mehr habe, wie kein unergleichliches Heer nicht  
nur völlig aufgelöst sei, sondern ein solches nie  
mehr erstehen könne, wie alle seine Festungen  
(zumal auch Helgoland!) zerstört sind, es keine  
einzig Kolonie mehr habe, es Elend-Verbringen  
und das Saarbeden hat hergeben müssen, ihm der  
Verlust Ober-Schlesiens noch drohe u. s. f., u. s. f.  
Sie konnten sich in der Aufzählung all der Sie-  
gesbeute nicht genug tun. Und heute?

Sie wissen plötzlich nur noch von den Vermit-  
tlungen und einseitigen Opfern des armen,  
friedliebenden, von Deutschland preventiv über-  
fallenen Frankreichs. Sie deuten zwar an, daß  
die so furchtbar mitgenommenen Norddeparte-  
ments größtenteils durch Geschosse zerstört wor-  
den seien; vergessen indes zu erwähnen, daß  
diese Geschosse zu einem guten Teil französische,  
englische, belgische, portugiesische und ameri-  
kanische gewesen sind. Wenn die Kriegsführun-  
gen, wie sie sich nun einmal gestaltet hat, die Fran-  
zosen selbst veranlaßt hat, all ihre eigenen Dör-  
fer und Städte, die den Deutschen zum Rückfall  
dienten, dem Boden gleich zu machen oder auf  
ihren Rückzügen zu zerstören, kann das gleiche  
Verfahren der deutschen Kriegsführung ihr zum  
„Verbrechen“ angerechnet werden? Hätten  
die deutschen Rheinlande viel anders ausgesehen,  
wenn sie das Schlachtfeld gewesen wären? Sie  
wollen auch Fabrikgelände der Metallindustrie  
verloren gehen haben, nur des Metalls wegen.  
Sie vergessen dabei, daß Ihre so „humane“  
Blockade Deutschlands nicht zum wenigsten dazu  
beigetragen hat, uns kein Stück Kupfer oder Zink  
zu kommen zu lassen und nur genötigt gewesen  
sind, unzer eigenes kupfernes Hausgeräte, bis  
auf die letzte Kasserolle, und unsere Kirchenglocken  
einzuschmelzen! Wir sollen wohl auch verant-  
wortlich gemacht werden für die Petroleum-  
schächte in Rumänien, welche Engländer und  
Amerikaner auf das Unheilbarste zerstört haben,  
damit wir beim Einrücken in Rumänien sie nicht  
nutzen und wir, soweit es uns möglich gewesen  
ist, wieder in Gang gebracht haben?

Der Frankfurter Frieden hätte wohl die Be-  
schlagnahme des französischen Privat-eigen-  
tums befehlet? Daß das Privateigentum nicht  
verloren geblieben, ist zum ersten Male in diesem  
Kriege geschehen, und dies, Mr. Lloyd George,  
unter Ihren Augen! Rings um dem Erd-  
rund ist das deutsche Privateigentum beschlag-  
nahmt worden und soll, soweit es nicht zum  
Eintausch des Jhigen dient, beschlagnahmt werden!  
Selbst wenn eine Engländer in als Gefra-  
einzelne Deutschen stirbt und ihr in England be-  
sitzliches Vermögen ihrem Gatten und ihren  
Kindern vermach hat, wird es diesen voren-  
thalten! Ein solches grundfähliches Raubsystem  
im Großen hat die Welt noch nicht gekannt! Alle  
deutschen Handelsniederlassungen in allen fünf  
Weltteilen sind dahin! Die Einwanderung nach  
Nordamerika und Australien oder auch Indien  
oder Afrika ist uns Deutschen für fünf Jahre  
untersagt! Wir sind als „Hunnen“ in die Welt  
erklärt!

Alle Achtung vor Ihnen, Mr. Lloyd George,  
als Reformminister großen Stiles, der Alt-Eng-  
land in die Reihe gebracht hat. Gehen Sie je-  
doch nur, daß über jeder neuen Abtheilung Ihres  
Reformwerkes stehen müßte: „Made in Ger-  
many!“ Sind Sie nicht höchstselbst vor Jahr und  
Tag bei uns in Baden gewesen, um unsere so-  
ziale Gesetzgebung zu studieren, wie sie unter  
Bismarck in die Wege geleitet hat? Seit wann  
steht man, als Engländer! nach kulturellen  
Staatsmännern ins Land der Hunnen zu  
reisen?

Als Einleitung zu Ihrer von so exemplari-  
schen „Wohlmollen“ gegen uns befehlten An-  
sprache rufen Sie uns denn auch zu:  
„Lassen Sie mich von vornherein sagen, daß  
wir ein freies, zufriedenes und gedeihendes  
Deutschland als wesentlich für die Zivilisation  
ansehen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutsch-  
land zu unterdrücken. Wir haben auch nicht den  
Wunsch, dem deutschen Volke Knechtschaft auf-  
zuerlegen.“

Nicht doch! Sie haben nur das Deutsche Reich  
verklammert, wie Sie es nur verklammern konn-  
ten. Sie haben uns nicht nur für die Gegen-  
wart, sondern, wie Sie wännen, für alle Zu-  
kunft wehrlos gemacht. Während alle Völker  
ringum die allgemeine Wehrpflicht haben sollen,  
Sie selbst die durch unsere Musterschiffe ver-  
mehrte englische Kriegsschiffe (der Handelsflotte  
zu geschweigen!) nicht schnell und gewaltig genug  
noch vergrößern können, soll womöglich das von  
Ihnen neu errichtete und bewaffnete, auf  
Todesfahndung gegen Deutschland eingestellte Polen  
jederzeit, womöglich auch ohne seinen französi-  
schen Vater, einen „Spaziergang nach Berlin“  
unternehmen können; soll auch der fanatisch  
antideutsche Tscheche, dem ebenfalls Millionen  
von Deutschen ausgeliefert worden sind, und  
ungekräft höhnen und mit Füßen treten kön-  
nen!

„Wehrlos, ehrlos!“ Dieses aus bitterster Er-  
fahrung heraus geborene deutsche Wort sollen wir  
bis zum Grunde erleben. Das hat seiner gebiet-  
erischer verlangt und leidenschaftlicher betrieben,  
als abermal Sie, Mr. Lloyd George! Nicht  
nur in der Auslegung der Kriegsschwur, fast zwei  
volle Jahre nach dem Waffenstillstande, zur Zeit  
des zu Spaen frisch aufgerichteten laubhülfen  
Joches. Sind Sie doch nicht müde geworden, zu  
wiederholen: „Die Hauptsache ist die völlige Ent-  
waffnung Deutschlands!“ — Es ist Ihnen dieses  
nur zu gut gegliedert. Sie sind am Ziele. Rings  
auf dem Erdrund, soweit als Ihre Schiffs-  
kanonen reichen, ist der Deutsche — vogelfrei.

Die Verfassung, dadurch daß unser deutsches  
Volk durch Menschenalter hindurch für Sie und  
Ihre Alliierten arbeiten soll, ist noch lange nicht  
das Schlimmste. Wir sind längst alleamt zu sehr  
darauf angewiesen, daß Einer für den Andern  
arbeite, als daß dies als unwürdige Knechtschaft,  
als Sklaverei empfunden zu werden braucht;  
erst durch die Wehrlosigkeit gegenüber  
feindlichen Gebieten in voller Rüstung ist un-  
ser Sklavenschiedsal besiegelt. Hier auf haben Sie  
es unverhohlen angelegt, und Sie haben die  
Sitten, zu versichern, daß Ihnen nichts ferner  
liege, als die Verfassung des deutschen Volkes  
herbeizuführen, Sie wännen vielmehr ein  
„freies, zufriedenes und gedeihliches Deutsch-  
land“ herbei! Es sei dies für die Zivilisation  
überhaupt wesentlich!

Nie hat der so verrufene englische „cant“, die-  
bermännliche Heuchelei, äppigere Blüten getrie-  
ben.

Das am Boden liegende, aus tausend Wunden  
blutende, von zwanzig Uebermächtigen nieder-  
gerungene Deutschland noch derart zu höhnen!  
Ich habe eine zu hohe Meinung vom Engländer,  
um nicht überzeugt zu sein, daß, wenn er sich  
den wahren Sachverhalt vor Augen hält, ihm  
nicht die Schamröthe ins Gesicht steige. Sie selbst  
wissen offenbar in ihrem diplomatischen Kausche  
nicht mehr, was Sie sagen und tun.

Ihre ganze fulminante Ansprache ist nichts  
gewesen als Vorpanndienst, den Sie jenem  
Frankreich leisten, das gar keinen Hehl daraus  
macht, daß es keinen deutschen Nationalstaat  
dulden will und die deutschen Rheinlande besetzt  
hält, um sie, dem Versailler Vertrag zum Troste,  
nie wieder herauszugeben. Ob Sie damit des  
Ihres Führerschaft anvertrauten Englands In-  
teresse wahrnehmen, ist Sache Ihrer Vorgesetzten.  
Diese mögen darüber urteilen. Wie in aller  
Welt aber bringen Sie diese Ihre Haltung in  
Einklang mit Ihren eigenen Worten?

Was endlich das zwischen uns zu regelnde  
Geschäft“ anbelangt, die Milliarden, die  
Deutschland zu allem Uebrigen noch aufbringen  
soll, so handelt es sich um Inkomensurabel  
Größen und Verhältnisse, auch nicht wie Sie nau  
meinen, um Befriedigung Ihrer und Ihrer  
Alliierten Bedürfnisse, sondern um Deutschlands  
Leistungsfähigkeit. Diese zum voraus am grün-  
en Tisch auch nur annähernd bemessen zu wol-  
len, ist heller Wahnsinn. Ebensojogt könnten Sie  
die ägyptische Sphinx betragen. Nach dem Stande  
unserer Valuta und unserer einheimischen Bil-  
langen oder unserer Jahresrechnungen zu ur-  
teilen, sind wir überhaupt längst zahlungs-  
unfähig. Die Zahl der Milliarden, die uns  
frisch auferlegt werden sollen, ist daher gänzlich  
irrelevant. Je mehr Sie Milliarden wollen, zu  
„bedürfen“ meinen, desto unerlässlicher, uns zahl-  
ungsfähig zu machen und zu erhalten. Dies  
geseht doch nicht darüber, daß Sie noch weitere  
Teile des deutschen Gebietes besetzen, mit erneu-  
ter Hungerblockade drohen, unsere Industrie  
vollends unterbinden und unsern kaum wieder  
erwarteten Handel erdroffeln?

Wer wollte eine Schar hungriger Wölfe zum  
Schiedsrichter über eine Herde von Schafen  
machen?

In dieser Milliardenfrage gibt es keine den-  
kbare Verhandlung, anders als durch Anrufung  
eines weniger in eigener Not befindlichen  
Schiedsrichters. Wie können Sie, Deutschlands  
Schiedsrichter anzufragen? Ein weitgehenderes,  
großmütigeres Entgegenkommen, als es dies  
deutschseits sein würde, könnten Sie unmöglich  
verlangen. Sind die Vereinigten Staaten nicht  
Ihre Kriegsgenossen? Haben die nicht von  
erstem Tage an Sie mit allen erdenklichen Waf-  
fen und bis ins Endlose mit Milliarden verlor-  
at, um schließlich mit Ihrer ganzen Macht Ihnen beiz-  
zubringen und so Ihren Sieg herbeizuführen?  
Besondere mir uns nicht noch heute formaliter  
im Kriegszustande mit Ihnen? Herr Carding  
müße unteruchen und entscheiden, inwiefern  
Deutschland seinen aus dem Versailler Vertrag  
abgeleiteten Verpflichtungen bisher nachgekom-  
men ist und inwieweit es in der Lage ist, Ihren  
weiteren Forderungen zu entsprechen.

Persönlich hätten Sie, Mr. Lloyd George, allen  
Grund, sich darauf zu besinnen, daß Sie nicht nur  
die Lösung: „Bis zum Knock out!“ ausgegeben  
haben, sondern auch die: „Bis zum letzten Penny!“  
Die Weltnot ist eine Folge des Weltkrieges, den  
nicht Deutschland, sondern England inszeniert  
und bis in die letzte Konsequenz hinein durchge-  
führt hat. Es gilt denn auch nicht nur der deut-  
schen Not, sondern der Welt not abzuhelfen.

Wit nachter Ausplünderung ist es nicht getan.  
Mit Raubzügen und Tanks können keine  
Goldbarren aus dem Boden geklopft werden.  
Dies haben Sie erst dieser Tage Ihren Vorgesetzten  
leuten drastisch genug veranschaulicht, indem Sie  
die Hunnen auf englischen Boden nach Herzens-  
lust hanteln ließen. Selbst die Ausplünderung  
ganz Londons würde Ihnen verzweifelt wenige  
Millarden, wenn überhaupt eine, in die Tasche  
bringen. Der Ruin Deutschlands wird, wie Sie  
selbst einräumen, den Englands und seiner  
unersättlichen Alliierten im Gefolge haben. Den-  
ken Sie dem vor! Statt den französischen Heils-  
spornen von Neuem auf Schlachtfeld zu helfen,  
helfen Sie Deutschland zahlungsfähig machen.  
Wirflamer können Sie für eigenes Interesse  
nicht fördern. Dies sollten Sie, als der gerie-  
bene Geschäftsmann, wie die Welt Sie nachgerade  
kennt, selbst am besten wissen.

Hochachtungsvoll  
ein obskurer Deutscher, der keine andere Waffe  
hat als — die Wahrheit.

### Die technische Vorbereitung für die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Zur letzten und größten Abstimmung, die uns  
der Versailler Vertrag aufzuzwingen hat, sollen  
aus allen Teilen des Reiches und auch vom Aus-  
land zum 20. März über 200 000 Abstimmungs-  
berechtigte nach Oberschlesien gebracht werden.  
Alle erforderlichen Vorbereitungen hierzu sind  
beendet. Vom 9. März ab sollen durch Breslau  
und die anderen Städte Mittel-Schlesiens hunderte  
von Sonderzüge rollen. Die Abstimmere im  
ganzen Reich und im Ausland sind allmählich  
nach unendlicher Kleinarbeit erfasst, in Vereinen  
gesammelt und mit den erforderlichen Papieren  
versehen. Für jeden Abstimmungsberechtigten  
ist ein Fahrchein ausgeschrieben worden, der für  
die Hin- und Rückfahrt gilt und die genaue An-  
gabe der von dem Stimmberechtigten zu benüt-  
zenden Züge mit den Fahrzeiten enthält. Mit  
dem Betreten des ersten Bahnstoffs ist der Ab-  
stimmungsrechtigte in der Fürsorge der Organi-  
sation der Vereinigten Verbände heimatstreuer  
Oberschlesier, die nicht nur ihn betreut, sondern  
auch die Sorge für die zurückgebliebene Familie  
übernimmt. Es ist unmöglich, die Fülle der Ar-

beitsleistung, der Schwierigkeiten und des Ge-  
schaffenen auch nur annähernd wiederzugeben.  
Über einige Streiflichter mögen dem Leser einen  
Begriff von der Größe des Abstimmungsverkes  
vermitteln. 256 Sonderzüge für gegen je 1000  
Reisende sind bereit gestellt, die innerhalb 10 Ta-  
gen vor der Abstimmung gemäß nach Oberschle-  
sien und 10 Tage nach der Abstimmung mit den  
Abstimmungsberechtigten zurückrollen, so daß in-  
nerhalb 20 Tagen über 1000 Sonderzüge den en-  
gen Raum zwischen Breslau und Opatowitz pas-  
sieren, wobei der reale Verkehr weitergeht. Der  
Fahrplan ist bis auf die Minute berechnet und  
nimmt natürlich auch Rücksicht auf die an der De-  
marcationslinie erfolgende Untersuchung des  
Gepäcks und der Pässe nach Waffen. Um zu ver-  
hindern, daß irgend ein corpus delicti in die Züge  
eingeschmuggelt wird, werden diese auch von  
deutscher Seite einer eingehenden Revision an-  
terzogen. Die dreimal täglich erfolgende Ver-  
pfelegung der Stimmberechtigten an den zahlrei-  
chen Verpflegungstationen ist ebenfalls bei der  
Festlegung des Fahrplans berücksichtigt worden.  
In Breslau allein werden in 20 Tagen 240 000  
Portionen verabreicht, die von 800 Speiseträgern  
aus einer Zentralküche in Kraftwagen an den  
Bahnhöfen gebracht werden. In den meisten Orten  
Schlesiens wird die Verpflegung durch Liebes-  
gaben reich ergänzt. Besondere Kost ist für  
Kranke vorzusehen, sowie für rituell lebende In-  
den. Mit den Sonderzügen werden übrigens  
auch die in Deutschland von polnischen Organi-  
sationen erfahren Abstimmungsrechtigten be-  
fürdert; ihre Zahl scheint jedoch nicht erheblich.

Breslau, 7. März. (Mitteilung des Volksei-  
präsidiums.) Auf Anordnung der interalliierten  
Kommission ist die ober-schlesische Grenze  
vom Mittwoch, den 9. März, morgens 8 Uhr ab  
gesperrt. Die Schiffe erhalten weiter das  
Bium; ebenso gelten die Ausweise für die  
Eisenbahner weiter. Bei Todesfällen und schwe-  
ren Erkrankungen in der Familie ist der Chef  
des interalliierten Pashbureaus in Opatowitz er-  
mächtigt, die Einreise-erlaubnis zu erteilen. Es  
empfehlen sich, die Einreise-erlaubnis telegraphisch  
zu beantragen. Das Bium wird von dem für  
den Wohnort des Geschichtlers zuständigen  
französischen Konsulat erteilt.

### Deutsches Reich.

#### Von der Post.

Im Reichsvollministerium fanden Besprechungen mit  
den Präsidenten der Oberpostdirektionen des Reiches  
statt, an denen zum ersten Male auch die Präsidenten  
der fünf deutschen Oberpostdirektionen  
teilnahmen. Die Beratungen erstreckten sich auf Ver-  
fahren zur Abklärung von grundsätzlichen Be-  
denken sowie auf einen großen Komplex wichtiger Be-  
triebsfragen aus dem Bereiche der Post, der Telegra-  
phie, der Fernsprecheri und des Reichsfernweises.

#### Der Vertrag von Versailles.

In Reichsamtverlei-Bücherei ist erschienen:  
Nr. 6208. Der Vertrag von Versailles. Inhalt und  
Bedeutung gemeinverständlich dargestellt von Dr. Edu-  
ard Rosenbaum. (140 S.) Geb. 1.50 Mk. Die Dar-  
stellung des Vertrages von Versailles und der ihm  
vorangegangenen Vorverhandlungen wendet sich  
an den Leser, der eine lebendige, sachliche Beschre-  
bung über seinen Inhalt sucht. Durch Abdruck der Wilson-  
punkte im ganzen ist jedem die Wichtigkeit des  
Vertrages sowie der Bedeutung eines gerechten Friedens  
mit seinem tatsächlichen Inhalt zu verdeutlichen. Die Erklä-  
rungen fassen sich auf die besten Quellen, die dem  
Verfasser in besonderer Nähe zugänglich waren, da er  
als Volkswirtschaftler sowohl an den Arbeiten der  
deutschen Friedensabdelegation in Versailles, als auch  
an den Konferenzen zur Weiterentwicklung des  
Vertrages in Spaen und Brüssel teilgenommen hat.

#### Das Lohnpfindungsrecht.

nach dem Reichsgesetz vom 10. August 1920 (M. S. Bl.  
S. 1072). Erläuterungen nebst Tabelle von A. Sachs,  
Kammerrechtsreferent, 2. Aufl. 1.50 Mk. Die Dar-  
stellung des Lohnpfindungsrechts nach dem  
Reichsgesetz vom 10. August 1920 (M. S. Bl. S. 1072).  
1921. — Industrievertrag Sachh. & Vind. Sachh.  
denkmal für Steuerliteratur, Berlin S. 2. Die durch  
wiederholte Kländerungen eingetretene Unübersicht-  
lichkeit auf dem Gebiete des Lohnpfindungsrechts macht  
das aus der Praxis hervorgegangene Werkchen an einem  
Bedürfnis. Sein Wert wird durch eine erschöpfende  
Tabelle, die in jedem Falle sicher und schnell die Be-  
stimmungen des pfindungsfreien und des der Pfändung  
unterworfenen Einkommens feststellt, besonders  
erhöht.

#### Um die Zwangspensionierung.

Der Antrag, den die Vorstehenden sämtlicher  
Landtagsfraktionen im Landtag eingebracht haben  
und der verlangt, daß von der Zurufnahme der  
über 65 Jahre alten Beamten nur dann  
Gebrauch gemacht werde, wenn diese damit ein-  
verstanden sind oder sich nicht mehr im Vollbesitz  
ihrer Leistungsfähigkeit befinden, hat die Frage  
der Zwangspensionierung, die übrigens bis jetzt  
Waden als einziges deutsches Land eingeführt hat,  
wieder in den Vordergrund des Interesses ge-  
bracht. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit  
der Zwangspensionierung von einem bestimmten  
Alter ab, sind selbst in der Beamtenschaft sehr  
geteilt.

Für die Zwangspensionierung spricht vor allem  
die Tatsache, daß eine Ueberalterung der Be-  
amtenschaft unter allen Umständen verhindert werden  
muß. Sie ist wünschenswert, um das Vordringen  
der jüngeren Beamten zu erleichtern, hierzu  
aber nicht durchwegs notwendig, nachdem das Be-  
soldungsgezet vom 21. Mai v. J. die Beamtung  
enthält, daß die außerplanmäßige Dienstzeit eines  
Beamten vom 1. April 1925 an in der Regel fünf  
Jahre nicht übersteigen darf. Damit ist den Be-  
amteten eine frühzeitige planmäßige Anstellung mit  
Versorgungsansprüchen besser gewährleistet, als  
sie jemals durch die Zwangspensionierung er-  
möglichen ließe.

Die Zwangspensionierung leidet an dem Man-  
gel, daß man im allgemeinen ein Lebensalter an-  
nehmen muß, von dem an die Zwangspensionie-  
rung zu erfolgen hat. Nun ist aber doch bekannt,  
daß nicht alle Menschen und somit nicht alle Be-  
amteten im gleichen Lebensalter ihre volle Arbeits-  
kraft einbüßen. In Baden hat man, nachdem  
das Beamtengesetz vom Jahr 1908 bereits die  
Möglichkeit der Durchführung der Zwangspen-  
sionierung gegeben hatte, das 65. Lebensjahr ge-  
wählt. Wie bei jedem anderen Lebensalter wer-

